



Ein Beschäftigter von 1 000 ist HIV-positiv AIDS-Hilfe NRW fordert mehr Aufklärung über das Leben mit HIV

Köln, 30.04.2010 – Zum Tag der Arbeit machen die Aidshilfen in Deutschland auf die Probleme von Menschen mit HIV und Aids am Arbeitsplatz aufmerksam. Mehr als zwei Drittel der ca. 14 000 Menschen mit HIV in Nordrhein-Westfalen arbeiten – dies sind etwa 9 350. Etwa ein Promille der Berufstätigen ist HIV-positiv, doch kaum jemand kennt sie. Die HIV-Infektion ist gerade am Arbeitsplatz stark tabuisiert.

Die Angst vor Ausgrenzung, Diskriminierung und Kündigung ist das größte Problem, mit dem HIV-Positive am Arbeitsplatz zu kämpfen haben. Der Fall „Nadja Benaissa“ hat gezeigt, wie sehr Menschen mit HIV und Aids immer noch mit Ausgrenzung, Diskriminierung und pauschaler Kriminalisierung zu tun haben. Die AIDS-Hilfe NRW fordert Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände auf, ihrer gesellschaftlichen Verantwortung gerecht zu werden und aktiv für die Belange HIV-positiver Berufstätiger einzutreten. „Aufklärung tut not“, sagte Olaf Lonczewski, Vorstandsmitglied der AIDS-Hilfe NRW gestern in Köln. „Wenn die Bevölkerung mehr über das Leben mit HIV weiß und ein Klima der Akzeptanz entsteht, können HIV-Positive frei entscheiden, ob sie am Arbeitsplatz ihre Infektion öffentlich machen oder nicht.“

Fast 15 Jahre nach Einführung der Kombinationstherapien, die eine wesentliche Veränderung für die Lebenssituation und -perspektive der Menschen mit HIV und Aids gebracht hat, kann hierbei nur eine zeitgemäße Darstellung des Lebens mit HIV und Aids weiterhelfen: am Arbeitsplatz, in den Medien, im Familien- und Freundeskreis. Dank neuer Therapien sind die meisten HIV-Infizierten gut in der Lage, die Anforderungen ihres Berufes zu erfüllen, wenige aber eben auch nur eingeschränkt oder gar nicht.

Zur Integration von Menschen mit Behinderung und chronisch kranken Berufstätigen braucht es professionelle Konzepte, in denen auch HIV-Positive endlich angemessen Berücksichtigung finden müssen – hier werden die Aidshilfen in Zukunft stärker auf potentielle Bündnispartnerinnen und -partner zugehen.